

# Landkreis Kassel

Ausschuss für Arbeit, Jugend, Frauen und  
Soziales

Wilhelmshöher Allee 19 - 21, 34117 Kassel

Kassel, 9.2.2010



## **Niederschrift**

der **24.** öffentlichen Sitzung des Gremiums

### **Ausschuss für Arbeit, Jugend, Frauen und Soziales**

(Wahlzeit 2006 - 2011)

**am Mittwoch, 03.02.2010**

**von 17:00 bis 19:00 Uhr**

**in 34289 Zierenberg, Falkenweg 11,  
Ev. Alten- und Pflegeheim Zierenberg**

---

Einleitung

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil :**

**TOP 1 2010/1782**

**Antrag der SPD-Fraktion vom 13.01.2010 die Fortschreibung des Sozialatlas für den Landkreis Kassel**

**TOP 2 2010/1785**

**Antrag der SPD-Fraktion vom 13.01.2010 betr. die Beteiligung des Bundes an den Wohnkosten für Haushalte im SGB II**

**TOP 3 Mitteilungen, Anfragen, Verschiedenes**

## Abhandlung der Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil :

**TOP 1 2010/1782**  
**Antrag der SPD-Fraktion vom 13.01.2010 die Fortschreibung des Sozialatlas für den Landkreis Kassel**

#### Vorbemerkung:

Frau EKB Selbert steht dem Ausschuss für Fragen und Erläuterungen zur Verfügung.

Nach Beratung im Ausschuss ergänzt die SPD-Fraktion Ihren Antrag um folgenden Satz: Die weitere Fortschreibung soll in der Regel alle 3 Jahre erfolgen. Der Antrag der SPD-Fraktion erhält dadurch folgenden Wortlaut:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, den Sozialatlas für den Landkreis Kassel fortzuschreiben.

Der fortgeschriebene Sozialatlas soll dem Kreistag im Jahr 2010 zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Die weitere Fortschreibung soll in der Regel alle 3 Jahre erfolgen.

Anschließend wurde über den so geänderten Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	<b>JA</b>	<b>11</b>
	<b>NEIN</b>	<b>0</b>
	<b>ENTHALTUNG</b>	<b>0</b>
	<b>KENNTNISNAHME</b>	

#### Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, den Sozialatlas für den Landkreis Kassel fortzuschreiben.

Der fortgeschriebene Sozialatlas soll dem Kreistag im Jahr 2010 zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Die weitere Fortschreibung soll in der Regel alle 3 Jahre erfolgen.

**TOP 2 2010/1785**  
**Antrag der SPD-Fraktion vom 13.01.2010 betr. die Beteiligung des Bundes an den Wohnkosten für Haushalte im SGB II**

#### Vorbemerkung:

Herr Wagner steht dem Ausschuss für Fragen und Erläuterungen zur Verfügung.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	<b>JA</b>	<b>7</b>
	<b>NEIN</b>	<b>0</b>
	<b>ENTHALTUNG</b>	<b>4</b>

**Abstimmungsergebnis:****JA****7****KENNTNISNAHME****Beschlussvorschlag:**

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag fordert die Hessische Landesregierung auf, die aktuelle Diskussion um die Neuregelung der Organisation der Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II (Hartz IV) dafür zu nutzen, sich gegenüber dem Bund für eine Veränderung der Berechnungsgrundlage für die Kostenbeteiligung des Bundes an den Wohnkosten für Haushalte im SGB II einzusetzen. Statt an der Zahl der Haushalte muss sich die Kostenbeteiligung des Bundes an den tatsächlich anfallenden Kosten orientieren, da dies auch die Grundlage für die Zahlungen der Landkreise und kreisfreien Städte ist. Damit soll erreicht werden, dass sich der Bundesanteil an den Wohnkosten nicht weiter verringert, obwohl die Wohnkosten und damit die Belastung für die Landkreise steigen. Mit einer solchen Initiative würde die Hessische Landesregierung ihre Verantwortung für die Finanzausstattung der hessischen Landkreise und kreisfreien Städte ernst nehmen.

**TOP 3 Mitteilungen, Anfragen, Verschiedenes**

Auf Nachfrage informiert Frau EKB Selbert über den Sachstand des im Nordflügel des Kulturbahnhofes einzurichtenden Pflegestützpunktes. Sie weist darauf hin, dass dieser Pflegestützpunkt nach Aufnahme seiner Arbeit der zweite Stützpunkt in Hessen ist.

Frau EKB Selbert informiert den Ausschuss über den Sachstand derzeitigen Stand des Gesetzes zur Einführung der eigenverantwortlichen und kooperativen Aufgabenwahrnehmung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Sie verweist dabei auf das Schreiben des Hessischen Ministerpräsidenten Koch und begrüßt dessen Initiative gegenüber der Bundesministerin für Arbeit und Soziales. Das Schreiben des Ministerpräsidenten ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Lind erkundigt sich, ob es schon Planungen oder Termine bezüglich eines in der 22. Sitzung des Ausschusses vorgeschlagenen Besuches einer sozialen Einrichtung gäbe. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass hier noch Klärungsbedarf mit der Verwaltung bestünde, die Mitglieder des Ausschusses aber in jedem Fall rechtzeitige Informationen erhalten würden.

Denn  
Vorsitzender

Kilian  
Schriftführer

**Teilnehmerverzeichnis:**

Teilnehmer	Fraktion	A	E	U	Bemerkung
------------	----------	---	---	---	-----------

**Gremienmitglieder (stimmberechtigt)**

Stefan Denn	SPD	x			
Uta Erdmann	SPD	x			
Christa Fiege	FDP	x			
Birgit Kaiser-Wirz	CDU	x			
Hartmut Lind	CDU	x			
Christiane Nickel	SPD	x			
Rainer Pfeffermann	SPD		x		
Horst Pilgram-Knobel	SPD	x			
Susanne Regier	Grüne	x			
Annette Schorpp	CDU	x			
Carla Wuttke	SPD	x			
Horst Wolff	SPD	x			

**Teilnehmende Personen (ohne Stimmberechtigung)**

Galina Przewosnik	IWG	x			
Andreas Güttler	SPD		x		
Gerald Herber	SPD		x		
Ralf Pfannkuche	SPD		x		
Jutta Rüddenklau	CDU	x			
Thomas Ackermann	Grüne		x		
Siegfried Klöver	CDU		x		
Maria Luise Niemetz	CDU		x		
Otto Nüdling	SPD		x		
Christa Oehler	SPD		x		
Karsten Schmacke	SPD		x		
Uwe Schmidt	SPD		x		
Freiherr Burkhard Schneider von Lepel	CDU	x			
Karl Schäffer	SPD		x		
Susanne Selbert	SPD	x			
Christian Strube	SPD		x		
Dr. Otger Wedekind	FDP		x		
Wilfried Wehnes	SPD		x		
Friedel Bertram		x			

**Verwaltung**

Jochen Kilian		x			
Gerhard Wagner		x			
Antje Hesse		x			

A = Anwesend, E = Entschuldigt, U = Unentschuldigt